

Arbeitsgruppe Diskussionsforum Grüne Stadt Zürich

Positionspapier: Mögliche Handlungsfelder

A. Einleitung

Die Arbeitsgruppe Diskussionsforum der Grünen Stadt Zürich liest, analysiert und diskutiert seit dem Sommer 2021 aktuelle Neuerscheinungen aus dem Geistes- und Sozialwissenschaftlichen Bereich mit dem Ziel, Denkanstösse und Impulse für die Parteiarbeit der Grünen zu geben.

Gestützt auf die Lektüre und die intensive Diskussion von zehn Büchern haben wir drei Themenbereiche definiert für eine mögliche Weiterentwicklung der politischen Agenda der Grünen: **Menschenbild, Wirtschaft und Arbeit.**

Ziel der nachfolgenden Ausführungen ist es, mögliche Handlungsfelder für die Konsolidierung der politischen Agenda der Grünen aufzuzeigen. Die Grünen sind die Träger der ökologischen Agenda in der Schweiz und haben in diesem Bereich eine wegweisende Rolle zu übernehmen. Die ökologische Krise (Klimaerwärmung, Rückgang der Biodiversität, Umweltverschmutzung, etc.) ist wissenschaftlich erwiesen und wird zunehmend auch im Alltag spürbar. Gleichzeitig – das zeigen die Wahl- und Abstimmungsresultate seit dem Herbst 2023 – werden ur-grüne Themen wie Klimaschutz, Biodiversität, e.a. aktuell als sekundär eingestuft. Die Hierarchie der Probleme hat sich in der Wahrnehmung der Menschen aufgrund verschiedener äusserer Einflüsse verschoben. Das ist der Kontext, in dem wir unsere Überlegungen anstellen.

Unsere **Handlungsempfehlungen** basieren auf folgenden zehn Büchern (alphabetisch geordnet):

- Philipp Blom: Das grosse Welttheater – von der Macht der Vorstellungskraft in Zeiten des Umbruchs. (Zsolnay, Wien 2020)
- Fred Frohofer, Werner Vontobel: Eine Ökonomie der kurzen Wege – Von der Marktwirtschaft zur Bedarfswirtschaft (Rotpunkt, Zürich 2022)
- Katja Gentinetta contra Niko Paech: Streitfrage Wachstum (Westend, Frankfurt 2022)
- Maja Göpel: Unsere Welt neu denken – eine Einladung (Ullstein, Berlin 2020)
- Robert Habeck: Von hier an anders – Eine politische Skizze (KiWi, Köln 2022)
- Silke Helfrich, David Bollier: Frei, fair und lebendig – Die Macht der Commons (transcript, Bielefeld 2020)
- Bruno Latour, Nikolaj Schultz: Zur Entstehung einer ökologischen Klasse – ein Memorandum (Suhrkamp, Frankfurt 2023)
- Barbara Prainsack: Wofür wir arbeiten (Brandstätter, Wien 2023)
- Thomas Straubhaar: Grundeinkommen jetzt! Nur so ist die Marktwirtschaft zu retten (NZZ Libro, Basel 2021)
- Andreas von Westphalen: Die Wiederentdeckung des Menschen (Westend, Frankfurt 2019)

B. Voraussetzungen

Klimaplan der Grünen

Die Grünen haben 2021 den Kern ihres Programms im Klimaplan definiert: «Der Klimaplan legt dar, wie die Klimaziele der Grünen erreicht werden können. Bis 2030 soll die Schweiz «klimaneutral» werden, indem sie die Emissionen im Inland um 50 Prozent senkt und im Ausland um dieselbe Menge reduziert. Doch damit ist das Ziel noch nicht erreicht: Bis spätestens 2040 sollen die Emissionen auf netto null gesenkt werden, indem die importierten Emissionen auf null reduziert werden und die

verbleibenden Emissionen in der Schweiz mit negativen Emissionen der Atmosphäre wieder entzogen werden. Spätestens ab 2040 soll die Schweiz klimapositiv werden, indem sie dazu beiträgt, dass mehr Emissionen aus der Atmosphäre entnommen werden, als ausgestossen werden. Damit soll die Schweiz Verantwortung für einen gangbaren Ausweg aus der Klimakrise übernehmen.»¹

Die Grünen fordern einen «grundlegenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel»². Daran knüpfen wir an.

Gesamtgesellschaftlicher und politischer Kontext

Die Gesamterneuerungswahlen 2023 haben gezeigt, dass das Angebot der Grünen in einem grösseren Kontext gesehen werden muss: Exogene Faktoren – die Corona-Pandemie und ihre wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen, der Ukraine-Krieg mit seinen ökonomischen und mentalen Auswirkungen oder der Konflikt im Nahen Osten – führen auch in der Schweiz zu Verunsicherung und finanziellem Druck. Die Schweizer Bevölkerung reagiert auf reale oder vermeintliche Bedrohungen, indem sie (vgl. Wahlanalyse von Politgeograf Michael Hermann, Sotomo, im Tages-Anzeiger vom 23. Oktober 2023) Parteien wählt, die versprechen, sich um die Menschen zu kümmern bzw. sie zu beschützen. Der Ausgang der eidgenössischen Abstimmungen zu Themen der Altersvorsorge seither stützt diese Auslegung.

Der Philosoph Philipp Blom hält im Essay «Das grosse Welttheater» aufgrund seiner historischen Analyse des Übergangs vom Mittelalter zur Aufklärung fest, wie Menschen und Gesellschaften in Krisenzeiten reagieren: Sie halten am bisherigen, ihnen bekannten System fest und glauben, es nur perfektionieren zu müssen, um die Probleme zu lösen. Tatsächlich führt dieses Verhalten, das als Omega-Phase bezeichnet wird, zum Kollabieren des Systems: «Ein Betrieb, der in Schwierigkeiten geraten ist, versucht seine Probleme zu lösen, indem er genau das intensiviert, was er bisher getan hat: Produktivität, Innovation, Sparmassnahmen, Stellenabbau, Preisdruck, Werbung – alles mehr, schneller, radikaler». Es gibt – und das ist der Fehler im System – «keine Konzeption einer qualitativ anderen Zukunft.» (S. 41)

Positionierung im politischen System der Schweiz

Die Diskussion der genannten Lektüren haben in der Arbeitsgruppe regelmässig zu Fragen bezüglich der Positionierung der Grünen im politischen System der Schweiz geführt. Streben sie Veränderungen innerhalb des bestehenden politischen Systems an oder ausserhalb? Wie viel ziviler Ungehorsam wird zugelassen oder sogar gefordert? Damit verbunden ist das aus unserer Sicht als ambivalent wahrgenommene Selbstverständnis der Grünen: Verstehen sie sich als Bewegung oder als politische Partei im klassischen Sinn? Sehen sie sich in der Opposition oder erheben sie einen Machtanspruch bis hinein in den Bundesrat? In der Öffentlichkeit gelten die Grünen als extrem links und vielen als (zu) radikal. Letzteres auch, weil sie beispielsweise ihr Verhältnis zu den Klimaklebern nicht genügend deutlich erklärt haben.

Zudem wird in den Diskussionen mehrmals die Frage aufgegriffen, wie man mehr Menschen erreichen, abholen und zu konkretem Handeln bewegen kann. Neben sinnvollen Narrativen (Zitat Blom: «Die Apokalypse taugt nicht zum Wandel») ergibt sich aufgrund der Lektüren die Notwendigkeit, dass sich die Grünen thematisch breiter abstützen und ergänzend zu ihren angestammten Themen proaktiv Antworten auf gesellschaftlich relevante Fragen finden. Zum Beispiel zu den Themen Arbeit oder Zuwanderung: Die Grünen sollten diesbezüglich klare Positionen

¹ <https://gruene.ch/kampagne/klimaplan>

² <https://gruene.ch/medienmitteilungen/auf-zur-klimapositiven-schweiz>

erarbeiten und Antworten bereithalten, welche beispielsweise die Widersprüche der SVP-Botschaften entlarven.

Als wichtigen Hebel erachten wir schliesslich den Auf- und Ausbau einer Debattenkultur, die neben abstimmungsbedingten Themen auch allgemeine Ziele und Visionen für die Gesellschaft thematisiert. Die Grünen könnten dazu beitragen, dass eine reichhaltigere Kultur des Ideenaustauschs gepflegt wird. Als Vorschlag: Organisation eines Debatten-Forums (gesamtschweizerisch, online und mit formreichen Veranstaltungen). Damit verbunden ist auch der Auftrag, den Meinungsbildungsprozess zu gewissen Themen innerhalb der Grünen transparent und nachvollziehbar zu gestalten.

I. MENSCHENBILD

1. Allgemeines

Mehrere Autor:innen setzen sich mit dem herrschenden Welt- und Menschenbild auseinander, die auch den Umgang mit den ökologischen Ressourcen und das Verhältnis zur – je nach Position – Um- oder Mitwelt bestimmen. Auf der Basis neuerer Erkenntnisse aus der Physik und der Biologie findet eine kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Werten und dem Selbstverständnis des Menschen statt, wie ihn die aufklärerische Moderne definiert. Demgegenüber gestellt wird die Erkenntnis, dass der Mensch Teil eines zerbrechlichen Systems ist, verbunden und verwoben mit anderen Lebewesen. Ebenfalls thematisiert bzw. kritisiert wird das Bild des homo oeconomicus, das den Thesen der klassischen Ökonomie zugrunde liegt. Dem wird ein Menschenbild entgegengehalten, das auf Kooperation und Empathie angewiesen ist.

2. Neues Verständnis des Menschen in der Welt

a) Blom

Bloms Gesellschafts- und Weltbild entspricht in Anlehnung an den Soziologen Bruno Latour einem komplexen Mobile, in dem alle Elemente der Schöpfung miteinander verknüpft und aufeinander angewiesen sind. Der Mensch ist nicht mehr die autonom handelnde Krone der Schöpfung. Folgende Zitate verdeutlichen die Position:

- «Alle Organismen, von Einzellern bis zu Menschen, sind Bewohner derselben kritischen Zone, einer dünnen, leicht zerreissbaren Membran zwischen der toten Tiefe des Gesteins unter ihren Füßen und der unendlichen Leere des Alls über ihren Köpfen. Diese fragile Schicht verfügt über eine Atomsphäre und über Sauerstoff, innerhalb derer Leben möglich ist. Letztlich beruht alles, was uns betrifft, auf dieser winzigen kritischen Zone» (S. 94)
- «Das Leben und Überleben von Homo sapiens formt einen winzigen, aber wirkmächtigen Teil eines unendlich komplexen Netzwerks gegenseitiger Abhängigkeiten und unvorhersehbarer Konsequenzen». (S. 94)
- «Der [so verstandene] Boden lässt sich nicht aneignen. Man gehört ihm, er gehört niemandem». (S. 99, Zitat von Bruno Latour)
- «Es ist schwer, im Überfluss über Eindämmung nachzudenken, eben weil es der Logik einer Zeit nicht entspricht, die immer weitere Steigerung sucht. Märkte und Technologien tendieren dazu, diese Logik des Exzesses zu unterstützen, und so ist es notwendig, ausserhalb dieser Logik über das Verhältnis zwischen Homo sapiens und dem Rest der Natur nachzudenken». (S.74)

Blom sieht die Wurzeln der modernen Konzeption der Erde in der biblischen Tradition: «Diese Erde ist verstummt, ein Objekt, ein passives Territorium [...]. Ihre Ressourcen sind da, um ausgebeutet zu werden». In seinem Essay schlägt er vor, eine Brücke zu schlagen zur Konzeption der Erde in den

nicht abrahamitischen Kulturen: «Aber das, was die Antike als Mythos erzählte, kann heute mit wissenschaftlichen Metaphern neu erzählt werden: So entsteht eine wandelbare Konzeption von der Erde als Biosphäre, als komplexem Organismus mit einer Vielzahl von Stimmen, als Akteur in einem gigantischen Netz existenzieller Abhängigkeiten, in dem auch Homo sapiens zappelt. Gaia beginnt wieder zu sprechen.» (S.102)

b) Latour/Schultz

Für Latour/Schultz ist die Abgrenzung von Natur und Kultur, die Trennung zwischen dem Menschen als Subjekt und der Welt der Objekte sowie jene zwischen der Objektivität der Wissenschaft und der Subjektivität der anderen Entfaltungs- und Wissensbereiche des Menschen (Politik, Recht, Religion, Kunst etc.) eine Illusion der Moderne. Diese «Fiktion» ist nach wie vor wirksam. (Siehe auch: Entretiens avec Bruno Latour, Nous avons changé de monde (1/12) und La fin de la modernité (2/12), <https://www.arte.tv/fr/videos/106738-001-A/entretiens-avec-bruno-latour>)

- «Wir haben die Kosmologie gewechselt.» (S. 48)
- «Wir sind nicht länger Menschenwesen in der Natur, sondern Lebewesen inmitten anderer Lebewesen in offener Entwicklung mit und gegen uns.» (S. 49)

Latour fordert die Anerkennung einer neuen Kosmologie: Die Welt besteht nicht aus grundsätzlich invariablen Ressourcen, die für die Produktion zur Verfügung stehen, sondern ist eine lebendige Welt, in der sich alles weiterentwickelt, alles verwoben ist, und die Lebensbedingungen des Menschen (Klima, Ernährung etc.) von der Aktivität von Mikroorganismen massgeblich abhängt, wie das Corona-Virus es gezeigt hat. Die Lebensbedingungen in dieser kritischen Zone der Erde sind das Produkt von Lebewesen, die auf ihre Weise selbst handlungsfähig sind, aber durch menschliche Aktivitäten in ihrem Gleichgewicht und ihrer Funktion bedroht werden. Diese Vorstellung der Erde nennt Bruno Latour in Anlehnung an James Lovelock «Gaia.» (Siehe auch: Entretiens avec Bruno Latour, Gaia: notre nouvelle Terre (3/12), a.a.O.)

c) Helfrich/Bollier

Die Autor:innen knüpfen an das Zitat an «Wir sind vom gleichen Stoff wie die Welt» des Autors Andreas Weber («Alles fühlt: Mensch, Natur und die Revolution der Lebenswissenschaften»), und sehen die Menschen als Teil eines grösseren Dramas biopoetischer Beziehungen zwischen den Kreaturen der Welt. Deshalb sei es unabdingbar, unsere Naturverbundenheit zu vertiefen, wenn wir uns wirklich auf den Weg machen wollen zu einem fürsorgenden Umgang mit uns und mit dem, was uns trägt und umgibt.» (S. 107)

3. Kritik des homo oeconomicus

a) Blom

Blom kritisiert das Bild eines rationalen, selbstbestimmten und frei handelnden Individuums als blasse Fiktion. (S. 95) Die Einzigartigkeit des Menschen liege nicht in seiner ontologischen Verschiedenheit vom Rest der Natur: «Er ist mittendrin in dieser Natur, und sie durchdringt sein Innerstes und erlaubt ihm erst, sich als Mensch zu fühlen und als Mensch zu denken.» (S. 97 f) Die Einzigartigkeit des Menschen «entstammt einer erfolgreichen evolutionären Adaptation, dem Geschichtenerzählen, der Reise durch imaginäre Welten und der Kommunikation darüber, dem Aufbauen einer Spannung zwischen dem, was ist, und dem was sein könnte.» (S. 98)

b) Göpel

Göpel formuliert Kritik am homo oeconomicus mit Hinweis auf das so genannte Ultimatumspiel, bei dem die Versuchspersonen eine gerechte Verteilung dem egoistischen Nutzen vorzogen. (S. 56 ff.). Sie beschreibt, dass der homo oeconomicus nicht nur egoistisch, sondern auch unersättlich ist, wobei der individuelle Nutzen durch höheren Konsum oder weniger Arbeit entsteht. Dieses Menschenbild passt in ihrer Analyse zu einer Welt der Knappheit, in welcher Produktion und positiver Nutzen gleichgesetzt werden können. Der homo oeconomicus kenne jedoch keinen Sättigungsgrad und verhindere damit die Möglichkeit, eine Grenze des Wachstums zu erkennen (S. 80 f.).

Mit anderen Autor:innen untersucht Göpel zudem die psychologischen Folgen der ökonomisierten Gesellschaft: Materialismus ist sowohl Ausdruck als auch Ursache von Unsicherheit und Unzufriedenheit. Dies, weil sie primär die extrinsische Motivation und Rückbestätigung von Menschen anspricht. Der Preis der Dinge oder das Ausmass der Aufmerksamkeit (Ruhm, Lickes, Clicks) spiegeln den Eigenwert wider. Mit dieser Werttheorie geht das Gespür dafür verloren, wer – tatsächlich – ein wertvolles Mitglied der Gesellschaft ist. (S. 132): «Wenn die homo-oeconomicus-Perspektive Kultur und Struktur dominiert, dreht sich alles um Status, Macht und Geld. Gleichzeitig schwinden Mitgefühl, Grosszügigkeit und Umweltbewusstsein.» (S. 133).

c) Von Westphalen

Von Westphalen betont, dass der homo oeconomicus weitreichende Auswirkungen auf Gesellschaft, Politik und Wirtschaft hat. Als Grundlage von spieltheoretischen Modellen, welche Hedgefonds nutzen, oder als vorherrschendes Paradigma an den Universitäten wird es von der Theorie zur Realität. (S. 30 und 32)

- «Die Annahme, der Mensch sei von Natur aus egoistisch, ruft schnell präventiv egoistisches Verhalten hervor, das sich gar wechselseitig verstärken kann. In einem System mit konkurrenzbetonten Werten verhalten sich Menschen entsprechend und festigen das System.» (S. 204)

In diesem Menschenbild sieht von Westphalen die Hauptursache für den ungebrochenen Glauben an die Unüberwindbarkeit des Kapitalismus – als ein System, das der Natur des Menschen – Egoismus, Gier und Konkurrenz – am besten entspreche und daraus Nutzen zu ziehen wisse.

d) Frohofer/Vontobel

Die Autoren weisen auf das grundsätzlich soziale Wesen des Menschen hin: «Der Mensch ist ein soziales Wesen, Solidarität ist für ihn überlebenswichtig. [...] Ein Übermass an Konkurrenz macht uns psychisch und körperlich krank und gefährdet den sozialen Zusammenhalt. [...] Wir sind genetisch auf Kooperation und Gleichheit programmiert.» (S. 53)

Sie weisen auf das Ergebnis der Metastudie «Social Relationships and Mortality Risk» hin: «Schlechte soziale Beziehungen seien genauso schädlich wie Alkoholismus oder fünfzehn Zigaretten pro Tag und doppelt so schädlich wie Fettleibigkeit.» (S. 55)

e) Helfrich/Bollier

Die Autoren weisen auf die zentrale Bedeutung des Menschenbildes hin: «Das isolierte Individuum als selbstverständliche Kategorie des Denkens» und «Das Selbst als unteilbare, umgrenzte Einheit, die autonom handelt», ist für sie die «Grundannahme, aus der alles andere folgt: Wie wir die Welt sehen, wie die Wissenschaft die Welt analysiert, wie wir handeln, Institutionen entwerfen und Politik ausgestalten. So problematisch die Idee ist, so mächtig ist sie.» (S. 111)

Dieser Fiktion halten die Autor:innen das Konzept der Ich-in-Bezogenheit entgegen, welches sie mit dem afrikanischen Begriff des Ubuntu verbinden: «Ich bin, weil wir sind, und weil wir sind, deshalb bin ich.» (S. 111)

Im Unterschied zur Auffassung, dass «Menschen im Grunde egoistische und materialistische Einzelwesen sind, die ihren eigenen Nutzen zu mehren trachten», beruht das Konzept des von den Autor:innen vertretenen Commoning (vgl. Selbstorganisation, Bedürfnisorientierung, Gemeinsamkeit) auf einem anderen Menschenbild. (S. 98). Die Autor:innen kritisieren auch die Vorstellung von «Self-Made-Individuen» als Illusion. (S. 18)

4. Verhältnis zum Erbe der Aufklärung

a) Blom

Blom sieht das fortschrittliche, demokratische Modell der Nachkriegszeit als gefährdet. Die Aufklärung, so führt er aus, postulierte eine lineare und rationale Entwicklung der menschlichen Gesellschaften und die Entstehung einer Weltordnung zwischen vernünftigen, autonomen Individuen als Ziel der Geschichte. Dies habe sich im Laufe des 20. Jahrhunderts als Illusion entpuppt. Die Aufklärung operiere nicht nur mit wissenschaftlich-empirischen Erkenntnissen, sondern auch mit Fiktionen. (S.95)

Um die Aufklärung neu denken zu können, ist gemäss Blom eine Auseinandersetzung mit den Totems der aktuellen Konsumgesellschaft nötig. Es braucht die Entwicklung von starken Bildern und Totems. (S. 92; vgl. unten Ziffer IV.2.a)

b) Latour/Schultz

Für Latour/Schultz ist der Umgang mit den Zielen des Fortschritts, insbesondere Freiheit und Überfluss, in der neuen Kosmologie kollektiv neu zu definieren. Es gehe darum, dass der Mensch seine Abhängigkeit von anderen Lebewesen und von der Mitwelt erkennt. Das moderne Streben nach Freiheit und Emanzipation kollidiere mit der Erkennung der Abhängigkeiten. Nur gestützt auf diese Erkenntnis seien wir in der Lage, weiterhin zu handeln und politische Fähigkeiten wiederherzustellen. (vgl. Entretiens avec Bruno Latour, Où atterir ? (4/12), a.a.O.)

Während der Fortschritt in den letzten Jahrhunderten vom Liberalismus und Sozialismus weitgehend über die Fragen der Produktion und der Umverteilung definiert wurde, soll, so Latour/Schultz, Fortschritt im ökologischen Sinn «alles das heissen, was ermöglicht, die Welt, in der wir leben, und die Welt, von der wir leben, innerhalb eines gemeinsamen Ganzen aus rechtlichen, affektiven, moralischen, institutionellen und materiellen Phänomenen zur Deckung zu bringen.» (S. 35)

c) Helfrich/Bollier

Die Autor:innen bezeichnen zahlreiche Dichotomien, die den Bezugsrahmen des modernen Westens strukturieren, als irreführend. Das Modell der Commons sehen sie als Möglichkeit, diese Gegensätze zu überwinden. (S. 66)

5. Stellungnahme der Arbeitsgruppe zum Handlungsfeld Menschenbild

Die Lektüren führen uns zur Erkenntnis, dass die politischen Trennlinien weitgehend auf unterschiedliche Welt- und Menschenbilder zurückzuführen sind. So basiert die moderne bürgerlich-liberale Politik auf der Vorstellung eines unabhängigen Subjekts, das die Rationalität des homo oeconomicus walten lässt. Die Ökologie (etymologisch: Lehre vom Haushalt) hingegen bezieht ihre Überzeugungskraft und ihre Legitimität aus der naturwissenschaftlich fundierten Erkenntnis eines neuen Welt- und Menschenbilds. Der Haushalt ist aus Sicht gewisser Autor:innen die Erde, genauer gesagt die fragile Schicht, auf der Leben möglich ist. Ökologisch zu denken heisst in ihrem Verständnis, die Schicksalsgemeinschaft aller Lebewesen im Auge zu behalten und ihre gegenseitige

Abhängigkeit zu erkennen. In diesem Sinne ist Ökologie ein ganzheitliches, systemisches, organisches Denken. Daran ist politisch anzuknüpfen, damit die Ökologie nicht auf einzelne Themen (Energie, Raumplanung, Umwelt etc.) beschränkt wird.

Für die Grünen ergibt sich aus der Lektüre von Blom und Latour/Schultz zum Welt- und Menschenbild insbesondere die Frage: Wie gehen wir aus ökologischer Perspektive mit dem Erbe der Aufklärung und den westlichen Werten um? Ein Spannungsfeld liegt u.a. im Verhältnis von Ökologie und Humanismus, sobald davon ausgegangen wird, dass der Mensch ein Tier wie jedes andere ist. Weitere Reibungspunkte bestehen zu den zentralen Werten des Individualismus (Freiheit, Emanzipation, Menschenrechte, Vernunft, individuelles Glück). Die Ökologie ist per se besser mit kollektiven Werten der Moderne (Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit, Gleichheit, Demokratie, Brüderlichkeit) vereinbar.

Aus unserer Sicht muss sich die ökologische Politik davor hüten, eine naive, romantische Rückkehr zur Natur zu predigen. Die Natur kennt keine Moral und darf nicht als normative Quelle fungieren. Die Dekonstruktion des Menschenbilds als freies Vernunftwesen ist zwar für die Reflexion anregend, sie soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass dieses Menschenbild eine tragende Säule unserer sozialen Errungenschaften ist. Wie Blom schreibt, braucht eine funktionierende Gesellschaft Fiktionen. Die wichtige Erkenntnis ist, dass der Mensch mittendrin in der Natur ist, auf Kooperation mit seinen Mitmenschen und anderen Lebewesen angewiesen ist und seinen Umgang mit seiner Mitwelt neu denken muss. Die radikale ontologische Grenzziehung zwischen dem Menschen und dem Tier, der Natur und der Kultur ist philosophiegeschichtlich betrachtet ein Spezifikum des modernen Abendlandes. Die aktuelle Forschung zeigt, dass diese Trennung nicht mehr uneingeschränkt haltbar ist.

Ob die ontologische Einzigartigkeit des Menschen gegenüber den anderen Lebewesen noch aufrechterhalten werden kann, ist nicht allein aus der Biologie oder der Physik zu erklären, sondern sie betrifft auch den Bereich des Glaubens. Diese Frage ist für die Politik offen zu lassen. Unbestreitbar ist jedoch, dass die Spezifität des Menschen in seiner besonderen Verantwortung gegenüber der Mitwelt liegt, die nicht zuletzt die Kehrseite seines Schädigungspotenzials darstellt. Insoweit kann die humanistische Sichtweise neu beleuchtet werden. Eine ökologische Politik wird stets auch von Menschen für Menschen ausgearbeitet: Der Mensch und sein Überleben in einer gesunden Welt stehen demnach notwendigerweise im Vordergrund. Naturschutz bedeutet auch Schutz des Menschen.

II. WIRTSCHAFT

1. Allgemeines

Die Wirtschaft, ihre Funktionsweise und die damit verbundenen Werte stehen für die meisten Autor:innen im Zentrum einer künftigen Weltordnung, welche die Grenzen der natürlichen Ressourcen und damit des ökonomischen Wachstums respektiert. In diesem Feld ergeben sich einige konkrete Handlungsoptionen.

Während Niko Paech eine Postwachstumsökonomie empfiehlt, geht Maja Göpel auf konkrete Instrumente ein, um das bestehende Wirtschaftssystem nachhaltig auszugestalten. Für sie, wie auch für Robert Habeck, geht es primär um die Einpreisung der externalisierten Kosten und eine Erweiterung des Kriterienkatalogs, mit welchem das BIP, der weltweite Leitindex für materiellen Wohlstand, bemessen wird. Beides mit dem Ziel, die Klimakosten sichtbar zu machen und den Begriff des Wohlstands um Parameter zu ergänzen, welche die Nachhaltigkeit miteinrechnen.

Den Ansatz am griffigsten auf den Punkt bringt Göpel: «Eine Wirtschaftsweise, die in einer begrenzten Welt mit endlichen Ressourcen auf stetes Wachstum setzt, ist nicht nachhaltig. Es gilt neu zu verhandeln, was den Wohlstand der Menschen übermorgen ausmacht. Dafür brauchen wir neue

Begriffe und Konzepte, die ausdrücken, was wir künftig wichtig finden. Planetenzerstörung darf nicht mehr Wachstum heissen. Reine Geldvermehrung nicht länger Wertschöpfung. Grenzen des Wachstums sollten Überwindung der ökologischen und sozialen Schadschöpfung heissen.» (S. 96)

2. Einpreisung externalisierter Kosten

a) Göpel

Die Autorin leitet ihre Überlegungen mit der Entwicklung innerhalb der ökonomischen Theorien ein: Die Leitidee des Utilitarismus nach Jeremy Bentham, aber auch die Mathematisierung der Ökonomie haben dazu beigetragen, dass kein Unterschied mehr gemacht wird zwischen dem Wert und dem Preis einer Ware: «Nicht mehr enthalten in diesem Kreis sind Fragen der gerechten Verteilung, der möglichst ökonomischen Wertschöpfung und der gesellschaftlich wünschenswerten Ergebnisse der Wertschöpfung.» (S. 93). Daraus leitet sie grundsätzlich ab, dass «wir viel mehr Transparenz und Aufklärung über die Zusammenhänge von Preisen und Werten brauchen.» (S. 94)

Göpel weist nach, wie der Wohlstand westlicher Konsumkultur immer auf Kosten der Umwelt und weniger entwickelter Länder geht. Als Beispiele nennt sie Flugkosten, welche die Entfernung des ausgestossenen Kohlenmonoxyds aus der Erdatmosphäre im Preis nicht berücksichtigen. Oder die Abfallwirtschaft, die in Deutschland (und vermutlich auch in der Schweiz) eine Exportbranche ist: von den Kunststoffabfällen geht ein Fünftel ins Ausland, wo Teile davon wiederverwertet werden; der Rest landet auf Deponien, in Flüssen oder im Meer. (S. 125) Das heisst: «Man verlagert die Lasten, die durch die Produktion oder den Konsum einer Sache entstehen, einfach auf andere, die sich nicht wehren können, weil sie entweder keine Stimme haben oder keine Macht.» (S. 121).

Ein weiterer blinder Fleck des Bilanzierungsmodells der herkömmlichen Ökonomie ist die Ausblendung jener Leistungen, welche die Natur für den Menschen erbringt (z.B. die Bestäubung der Pflanzen durch die Insekten). Diese belaufen sich nach einer Schätzung des deutschen Bundesamtes für Naturschutz auf 150 Milliarden Euro pro Jahr. (S. 49) Diese unsichtbaren Kosten bzw. Negativposten entstehen dann, wenn menschliche Aktivitäten dazu führen, dass die Ökosysteme diese Dienstleistungen nicht mehr erbringen. (S. 53)

Göpel folgert daraus, dass wir nicht darum herumkommen, «auf die Reduktion von Umweltverbrauch zu zielen und Bilanzen zu fordern, die bei dieser Zielerreichung helfen.» (S. 127) In diesem Zusammenhang schliesst sie auch den Verzicht auf gewisse Konsumgewohnheiten nicht aus. Was heisst das konkret? Bilanzen – und damit Preise – müssen korrigiert werden. Für viele Produkte werden die Preise so erhöht, dass sie die wahren Kosten anzeigen, die bei der Herstellung, dem Transport und der Entsorgung ihrer Überreste anfallen. Die Bepreisung von CO₂ ist ein Versuch, in diese Richtung zu gehen. Sie soll nicht nur die Entscheidung der Konsument:innen beeinflussen, sondern auch Innovationen Kostenvorteile verschaffen im Hinblick auf die Entwicklung von CO₂-freien Produkten.

b) Habeck

Habeck bekennt sich zu den Errungenschaften der kapitalistischen Globalisierung (Erhöhung des weltweiten Wohlstands, der Lebensdauer, Zugang zu Bildung und Gesundheit, etc.). Um den ökologischen und sozialen Defiziten des globalisierten Fortschritts entgegen zu wirken, tritt er für eine «öko-soziale Marktwirtschaft» (S. 369) ein.

Als zentrale Mittel, um den Kapitalismus zu bündigen, nennt er Kostentransparenz, die systematische Einpreisung von sozialen und ökologischen externalisierten Kosten (z.B. CO₂, Pestizidabgabe) und die Anpassung des Anreizsystems.

Sein Ansatz besteht darin, das System so zu verändern, dass es eine Nachfrage nach Umweltleistungen gibt, einen Markt für Natur- und Klimaschutz (S. 135). Am Beispiel der deutschen

Landwirtschaftspolitik zeigt er die Denklöge einer veränderten Wohlstandsmessung auf, die Nachhaltigkeit als integralen Bestandteil des Wirtschaftssystems versteht. Er verweist auf Modelle, mit denen Punkte für Arten-, Klima- und Gewässerschutz in verschiedenen Kategorien eingeführt werden (Verzicht auf Pestizide, Grünlandanteil, Fruchtfolgen, Tierbestand pro Quadratmeter, etc.). Für die Konsument:innen wird es teurer, aber es findet auch eine normativ-kulturelle Neubewertung von Gütern statt. (S. 139)

Zudem spricht sich Habeck – im Sinne eines Entgegenkommens – für eine Rückzahlung der CO₂-Steuer direkt an die Bürger:innen aus, und zwar so, dass vor allem Menschen mit geringem Einkommen davon profitieren. (S. 162)

c) Paech

Im Unterschied zu Göpel und Habeck lehnt Paech den Externalisierungsdiskurs («Missverständnis») und «vermeintlich grüne Technologien» mit vielfältigen Argumenten ab. So mit Beispielen von finanziellen Rebound-Effekten und der Infragestellung von «erneuerbaren Energien» (Klimaeinfluss von Windanlagen). Sein Hauptargument gegen grüne Wirtschaft und Politik besteht darin, dass diese auf die Verhinderung von Komforteinbußen zielen. «Sie [nicht fossile Energien] liefern die Basis für eine neues Ausdehnungsprinzip, das darauf beruht, tiefer in bereits okkupierte Dimensionen einzudringen oder deren Struktur dichter zu besetzen, um sie intensiver ausschöpfen zu können.» (S. 68). Der Ökonom rechnet vor: «Bei konsequenter Vermeidung externer Effekte verbliebe als ökonomischer Überschuss kaum mehr als das, was am Vorabend der ersten industriellen Revolution erzeugt werden konnte.» (S. 78)

Paechs alternativer Ansatz besteht in der Postwachstumsökonomie, die ein integratives Versorgungsmodell mit vier Bereichen vorsieht: Suffizienz, Subsistenz, Regionalökonomie und industrielle Produktion. Ziel ist es, die moderne Güterproduktion massvoll zu begrenzen und in eine gestaltbare Balance zwischen Selbst- und Industrierversorgung einzubetten. Für die Umsetzung nötig sind für den Autor u.a. eine Revision der Erziehungs- und Bildungsmaximen und eine Arbeitszeitverkürzung.

d) Frohofer/Vontobel

Auch diese Autoren kritisieren die Mechanismen der globalen, weitverzweigte Produktion und fordern Kostentransparenz. Als Beispiel führen sie an: Die Rentabilität wäre nicht gegeben, wenn einem Transportunternehmen die Kosten der Treibhausgasemissionen, der Benutzung der Strassen, Ozeane und der Luft in Rechnung gestellt würde. (S. 19)

e) Latour/Schultz

Latour/Schultz weisen auf die Zerstörung der für die Bewohnbarkeit der Welt notwendigen Bedingungen durch das Wachstum der Produktion hin. Ihre Argumentation setzt auch auf eine Neudefinition gewisser ökonomischer Begriffe: Es geht «nicht um weniger Wachstum, sondern darum, endlich zu prosperieren.» (S. 27)

f) Stellungnahme der Arbeitsgruppe

Die Autor:innen zeigen unterschiedliche Ansätze auf, um das bestehende Wirtschaftssystem entweder positiv in Richtung Nachhaltigkeit zu beeinflussen oder das System als Ganzes umzukrempeln. Auf der einen Seite stehen Realisten oder Pragmatiker wie Göpel und Habeck, die vorhandene Instrumente und Richtgrößen transparenter und «gerechter» gestalten wollen, auf der anderen Seite Visionäre wie Paech, die ein neues System für die Zukunft entwerfen und das konkrete, schrittweise Vorgehen für den falschen Weg halten.

Wir halten die Einpreisung von externalisierten Kosten grundsätzlich für einen sinnvollen und konkreten Ansatz. Beim CO₂ sind, im Unterschied zu anderen Grössen, die Kosten einfacher zu quantifizieren. Miteinbezogen werden muss bei der Ausgestaltung der Einpreisung der Aspekt der Gerechtigkeit, da Gutverdienende deutlich mehr CO₂ verbrauchen als Geringverdienende. Wie von Habeck eingebracht sollen die Abgaben zurück an die Steuerzahler:innen gehen. Ein möglicher Ansatz wäre auch, die Bepreisung von CO₂ mit einer alternativen Währung vorzunehmen. Anstelle der Einpreisung von externalisierten Kosten ist aus unserer Sicht politisch auch der Ansatz der Rationierung denkbar. Dies entspricht eher dem Wunsch nach Gerechtigkeit für alle, unabhängig von den finanziellen Verhältnissen.

Die Forderung nach Kostentransparenz und die Anerkennung der «Gratisgeschenke der Natur» wie auch der Fokus auf den Erhalt der Lebensgrundlagen können als Eckpunkte einer neuen ökologischen Rationalität bezeichnet werden. Wenn diese Kriterien berücksichtigt und eingerechnet werden, erweist sich das derzeitige Wachstum als problematisch und eigentlich negativ. Deshalb ist auch eine Kritik des BIP als klassisches Mass für Wachstum unvermeidlich (siehe nächstes Kapitel). Göpel und radikaler Paech, weisen darauf hin, dass eine Lösung der ökologischen Krise ohne einen besseren Umgang mit Verzicht nicht möglich ist, womit die Grenzen des grünen Wachstums angesprochen werden (siehe unten Ziffer IV.3). Dieser Ansatz, der im politischen Diskurs in der Schweiz bisher als heikel verworfen wurde, ist für die Grünen im doppelten Sinn interessant: Einerseits für die Frage nach dem passenden Narrativ, um ihre politischen Ideen, Werte und Vision einer anderen Gesellschaft zu transportieren. Und andererseits für die Diskussion, ob der Verzicht nicht doch Teil des politischen Programms sein darf, verbunden mit dem Angebot, was man stattdessen gewinnt.

In diesem Zusammenhang sind auch Göpels pointierte Aussagen zu den psychologischen Folgen der ökonomisierten Kultur interessant: der Verlust an Mitgefühl, Grosszügigkeit und Umweltbewusstsein.

3. BIP

a) Göpel

Die Autorin zeigt auf, dass das BIP als internationale Messgrösse für wirtschaftliches Wachstum und materiellen Wohlstand in die Jahre gekommen ist. Bei der Erfindung des Konzepts vor zweihundertfünfzig Jahren in England wurde nach Boden, Vieh und Staatsschätzen unterschieden. Obwohl sich die Voraussetzungen grundlegend geändert haben, wird das BIP seit dem Zweiten Weltkrieg gezielt auch politisch verwendet, u.a. für die Einschätzung der wirtschaftlichen Aufrüstung. «Aus einem Konzept wird eine Zahl, aus einer Zahl folgen Entscheidungen, wird Politik, richtet sich Gesellschaft aus. Wie viel Wertverlust und Schadschöpfung sich hinter der Zahl verbirgt, bleibt verborgen.» (S. 79)

Göpel demaskiert den Index mit konkreten Beispielen: Ein Tankerunglück lässt das BIP steigen, weil es Arbeit und Dienstleistungen schafft. Die Schäden, die im Ökosystem entstehen, schlagen sich im BIP jedoch nicht nieder, weil die Natur – solange sie da ist – in keiner ökonomischen Bilanz auftaucht. Andererseits senken eine Mutter oder ein Vater, die nach der Geburt eines Kindes für eine bestimmte Zeit zuhause bleiben, das BIP. Der Index muss daher um Kriterien zur Lebensqualität und gesellschaftlichem Wohlergehen erweitert werden. (S. 79 f)

Sie geht in ihrer Analyse noch einen Schritt weiter und bilanziert, dass das vorherrschende Wachstumsmodell wertblind ist, da keine objektive Basis für die Ermittlung von Wertschöpfung besteht. «Der Wert der Dinge wird durch ihren Preis auf dem Markt bestimmt und hat nichts mehr mit ihren Inhalten oder Qualitäten zu tun. Der Preis ist der Wert.» (S. 91 f) «Es fehlt der ökonomische und politische Wille, die Vermehrung von Geld wieder expliziter mit der Schöpfung von Wert zu verbinden und die Abschöpfung von unverdientem Einkommen zu reduzieren.» (S. 90) Mit der Aussage zielt sie auch darauf, dass das BIP u.a. durch die Einbeziehung von Aktivitäten des Finanzsektors gesteigert

werden kann, auch wenn es sich von der tatsächlichen realwirtschaftlichen Wertschöpfung abgekoppelt hat. (S. 92 ff.)

In Anlehnung an die Ökonomin Mariana Mazzucato, vertritt Göpel die Auffassung, dass durch eine gezielte Verhinderung von unverdienter Wertabschöpfung und eine Bereinigung der Bilanzen nach objektiveren Werten eine wesentlich nachhaltigere Form des Wirtschaftens möglich wäre. (S. 94 f)

b) Straubhaar

Wie Göpel analysiert auch Straubhaar, dass das, was keinen Marktpreis erzielt, keinen ökonomischen Wert hat. So werden eigene Leistungen im Haushalt wie z.B. die Erziehung von Kindern oder die Pflege von Angehörigen nicht im BIP erfasst. Eine Erhöhung der ehrenamtlichen Arbeit und des Engagements für Familie und ältere Menschen würde sogar zu einer Verringerung des BIP führen. (S. 128)

c) Habeck

Wie die Vor-Autor:innen führt Habeck Beispiele für die fragwürdige Ausgestaltung des BIP an, etwa eine unfallträchtige Strasse, die für das BIP besser ist als eine unfallarme. Umgekehrt hat intakte Natur keinen Wert für diesen Indikator, wie auch CO₂-Ersparnis, ehrenamtliche Arbeit, Gesundheit oder Familie: «Es misst alles bis auf das, was das Leben lebenswert macht.» (Zitat Robert F. Kennedy, S. 167)

Mögliche Kriterien für einen angepassten oder erweiterten Indikator liegen gemäss dem Autor seit langem vor: z.B. Nationaler Wohlfahrtsindex des Wirtschaftswissenschaftlers Hans Diefenbacher, World-Happiness-Index der UNO oder das Grüne BIP: «Nicht Konkurrenz, sondern Kooperation steht dann im gesellschaftlichen Mittelpunkt. Bessere soziale Leistungen, höhere Mindestlöhne, funktionierende öffentliche Räume und Zugänge sind dann keine Gefahr für den Wohlstand, sie machen ihn mit aus.» (S. 168)

d) Paech

Paech setzt sich aus wachstumskritischer Perspektive mit alternativen Indikatorensystem auseinander. Er benennt zahlreiche, um Lebensqualität und gesellschaftliche Komponenten erweiterte Wohlfahrtsindikatoren, die in den letzten Jahren entwickelt wurden: Measure of Welfare, Index of Sustainable Economic Welfare, Sustainable National Income, der seit 1990 erhobene Human Development Index, Happy Planet Index, Nationale Wohlfahrtsindex oder das Wohlstandsquintett. (S. 61 f). Zudem führt er Beispiele für Initiativen auf Regierungsebene an, die Aufsehen erregten: die Stieglitz-Sen-Fitoussi-Kommission (F), das Bruttonationalglück (Bhutan) oder der Schlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages (D).

Die Konzepte gründen gemäss Paech darauf, BIP-Bestandteile, die defensiven Ausgaben entsprechen, als wohlfahrtsmindernd zu subtrahieren. Umgekehrt sollen wohlfahrtssteigernde Faktoren einfließen, die vom BIP systematisch vernachlässigt werden, d.h. tendenziell immaterielle Werte, öffentliche Güter oder Zustandsbeschreibungen (Gerechtigkeit, Freiheit, Bildung, Solidarität, Emanzipation etc.); letztere lassen sich jedoch nur schwer monetarisieren (S. 62).

Den alternativen Wohlfahrtskonzepten ist gemein, dass sie sich auf humanistische Normen im weitesten Sinne stützen: «Damit verliert Wirtschaftswachstum, das üblicherweise mit BIP-Zuwächsen assoziiert wird, seinen Zielcharakter, dient lediglich noch als Mittel im Dienst neu definierter Wohlfahrtsziele.» Diese Entwicklung hält der Wachstumskritiker grundsätzlich für sinnvoll. (S. 64)

e) Frohofer/Vontobel

Die Autoren kritisieren das BIP als blinden Index und fordern eine Rückbesinnung auf die Bedürfnisse der Menschen. Ihre Haltung: Das BIP belohnt sämtliche Entwicklungen, die Transaktionen auf dem Markt fördern, unabhängig vom damit verbundenen Leid; Stress, Angst und psychische Störungen benötigen Behandlungen; Rüstungsausgaben erhöhen die Produktion, Kriegsschäden schaffen Nachfrage in zahlreichen Bereichen etc. (S. 39)

- «Das BIP misst per Definition nicht den Erfolg, sondern bloss unsere mit Geld abgegoltenen Bemühungen. Die monetäre Nachfrage kann nicht mehr der Massstab für alles sein, vielmehr müssen wir die Bedürfnisse wieder in den Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit rücken.» (S. 44)

f) Stellungnahme der Arbeitsgruppe

Das herkömmliche BIP als Kompass für Wirtschaft und Politik ist problematisch. Mit der Erweiterung des Index um Kriterien, welche die Lebensqualität oder das gesellschaftliche Wohlergehen berücksichtigen, eröffnet sich für die Grünen ein interessantes Diskussions- und Handlungsfeld. Es müssen angepasste politische Ziele und eine vernünftige Basis erarbeitet werden, um Wert und Fortschritt zu definieren.

Dank der Vorarbeit zahlreicher bestehender alternativer Indexe, wie Habeck und Paech sie anführen, kann die Arbeit auf der Basis konkreter Vorschläge aufgenommen, diskutiert, ausgestaltet und politisch eingebracht werden.

Die Grünen leisten damit einen eigenständigen Beitrag an die Weiterentwicklung des ökonomischen Systems im Sinn ihres Menschen- und Weltbildes: nachhaltig, humanistisch, gemeinschaftlich. Gleichzeitig positionieren sie sich in der Wirtschaftspolitik.

4. Bedarfswirtschaft – Commons als Leitbild

a) Frohofer/Vontobel

Die Autoren plädieren für eine Einschränkung der Marktwirtschaft. Es geht ihnen darum, «eine angemessene Mischung von Markt, Bedarfswirtschaft und Staat zu finden, angepasst an die Produktionstechnologien.» (S. 59) Die zentrale Frage ist, welche Bedürfnisse mit welchen Koordinationsmechanismen am besten zu befriedigen sind. (S. 13)

- «Die Welt leidet an einer gravierenden Überdosis Marktwirtschaft. Als Gegenmittel schlagen wir eine Stärkung und Neuetablierung von Bedarfsökonomie vor.» (S. 108)
- «Die Bedarfswirtschaft und die Staatswirtschaft reagieren auf Bedürfnisse der eigenen Gemeinschaft: Eltern betreuen ihre Kinder, Nachbarn helfen sich gegenseitig, der Staat baut Schulen für seine Bürgerinnen und Bürger. Der Markt hingegen reagiert lediglich auf die von ihm selbst geschaffene monetäre Nachfrage nach Unbekanntem.» (S. 10)
- «Innerhalb der Bedarfswirtschaft schwindet der Unterschied zwischen der Produktions- und der Konsumgemeinschaft.» (S. 23)

Die Autoren setzen auf die Förderung einer Ökonomie der kurzen Wege, d.h., dass Produktion und Konsum räumlich nahe beieinander liegen. (S. 15): «Um Klima und Natur zu retten und um unsere Bedürfnisse auch künftig befriedigen zu können, muss das Marktwesen eingedämmt und gebändigt, muss der ökonomische Blick auf die Bedarfswirtschaft gestärkt werden.» (S. 29)

Als Kriterien für die Frage, welche Organisationsform zur Befriedigung welcher Bedürfnisse am besten geeignet ist, weisen die Autoren auf die Evolutionstauglichkeit bzw. die evolutionäre Fitness hin, d.h. alles was dem Überleben der Menschheit dient. «Insbesondere Bedürfnisse wie Wohnen, Ernährung, Pflege, Bildung, Erziehung und Unterhaltung eignen sich zur Verlagerung aus der Marktwirtschaft in die Bedarfswirtschaft.» (S. 29) Anstatt die Marktwirtschaft effizienter zu gestalten, sollen einzelne Bedürfnisse auf dem Weg der Bedarfswirtschaft befriedigt werden, wobei dieser Teil auf einen modernen Stand der Technologie und der Sozialwissenschaften zu bringen wäre. (S. 89 f)

Die Autoren zeigen Ansätze zur Konkretisierung der Bedarfswirtschaft (Entstehung von wirtschaftlichen Strukturen und Gemeinschaften analog zur althergebrachten Ökonomie von Dörfern, entsprechende Siedlungsentwicklung, Einsatz von Komplementärwährungen). (S. 123 ff)

b) Helfrich/Bollier

Helfrich/Bollier sehen Commons als Instrument zur Veränderung der Wirtschaft in Anlehnung an das Werk von Elinor Ostrom: «Commons sind lebendige soziale Strukturen, in denen Menschen ihre gemeinsamen Probleme in selbstorganisierter Art und Weise angehen.» (S. 20) Geldvermittelte Tätigkeiten sind für sie die parasitäre Spitze der Wirtschaft. «Fürsorge leisten und Arbeit dem Markt entziehen, bedeutet [...], diesen vernachlässigten Bereich sichtbar zu machen und ins Zentrum ökonomischen Denkens zu stellen. Dazu gehört der Fürsorgesektor genauso wie die Herstellung von Commons [...]. Statt immer darauf aus zu sein, mit unserer Zeit und unserem Geld super-effizient umzugehen, räumen wir Menschen und Beziehungen Vorrang ein. So gesehen, fordern Commons nicht weniger als den Kern der Marktwirtschaft heraus: Sie setzen völlig andere Bewertungsstandards.» (S. 164)

Die Autor:innen plädieren für ein Konzept des beziehungshaften Habens. Diese Strukturen sind darauf ausgelegt, «zu kooperieren, fürsorgend zu wirtschaften, gemeinsam zu nutzen und zu teilen.» Dies hat für sie nichts mit erzwungenem Kollektivismus zu tun. Freiwilligkeit ist entscheidend. (S. 227)

c) Stellungnahme der Arbeitsgruppe

Wir halten die Stärkung der Bedarfswirtschaft, wie sie Frohofer/ Vontobel vertreten, grundsätzlich für einen interessanten Ansatz. Dieser steht jedoch im Spannungsfeld zur in den letzten Jahren erfolgten Monetarisierung der Hausarbeit und Fürsorgearbeit, die zur Anerkennung ihres wirtschaftlichen Werts beiträgt. In der bürgerlichen Gesellschaftsordnung war dieser Bereich traditionell den Frauen zugeordnet, unbezahlt und unsichtbar. Gleichzeitig hat die Aufnahme der Care-Arbeit in den Erwerbsbereich aus sozialer und ökologischer Sicht auch negative Folgen. So wird die Arbeitslast weitgehend auf ein neues schutzloses Proletariat überwältzt (z.B. ausländische Betreuungshilfskräfte). Insofern ist der Ansatz einer teilweise Rückverlagerung dieser Lebensbereiche in die Bedarfswirtschaft (z.B. Übernahme der Aufgaben durch Familie und Nachbarschaft, Gemeinschaft) nachvollziehbar.

Damit kein Rückfall in die klassische Rollenverteilung erfolgt, welche die unbezahlte Arbeit den Frauen vorbehält, sind jedoch neue, aufgeklärte Strukturen und Organisationsformen zu realisieren, in denen die Arbeitslast nach gerechten, diskriminierungsfreien Kriterien aufgeteilt wird.

Für die Einführung einer verstärkten Bedarfswirtschaft erscheint ein bottom-up Prozess ideal, mit dem die Marktwirtschaft allmählich aus jenen Produktionsbereichen verdrängt wird, die lokal und gemeinschaftlich organisiert werden können. Der Staat könnte solche Prozesse fördern, z.B. mit Fiskalpolitik, Zurverfügungstellung von Investitionskapital, Vermittlung von Stellensuchenden/Migranten etc.

Die Grünen sollten eine Diskussion über die Verlagerung bestimmter Bereiche der Wirtschaft in die Bedarfswirtschaft anregen. Dies sehen wir als einen Weg unter mehreren, um dem Bedürfnis nach

einer sinnstiftenden Verteilung von bezahlter und nicht bezahlter Arbeit nachzukommen (siehe unten Ziffer III).

5. Bedingungsloses Grundeinkommen / Neue Verteilungsmechanismen

a) Straubhaar

Verschiedene Autor:innen vertreten die Idee des Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE), das von den Grünen bereits anderweitig aufgenommen wurde. Der Ökonom Thomas Straubhaar argumentiert im Nachgang zur Corona-Krise und angesichts der zunehmenden Digitalisierung. Er arbeitet ein detailliertes Instrumentarium zur Umsetzung des BGE durch eine radikale Umgestaltung des Steuer- und Sozialversicherungssystems aus:

- «Menschliche Arbeit wird in vielen Fällen durch digitale Dienste ersetzbar und damit schlicht überflüssig.» (S. 97).
- «Wenn Arbeit weniger wichtig wird, wird sie ökonomisch weniger wertvoll.» (S. 98).
- «Digitalisierung und Datenwirtschaft sorgen für eine Erhöhung der Produktivität, nicht alle werden aber gleichermaßen profitieren können.» (S. 99)
- «Ein New Deal für das 21. Jahrhundert hat drei Dimensionen gerecht zu werden: der liberalen, die Freiheit will, der sozialen, der Solidarität wichtig ist, und der konservativen, die nach Sicherheit strebt. Ein bedingungsloses Grundeinkommen liefert das perfekte Instrument für die praktische Umsetzung eines New Deals. Denn es ist mit seiner Marktorientierung liberal, der lebenslangen bedingungslosen Unterstützung wegen sozial, und als generelle Versicherung für alle erfüllt es die konservative Suche nach Schutz und Sicherheit.» (S. 187)

b) Prainsack

Die Politologin Prainsack geht davon aus, dass die «4. Industrielle Revolution» durch Digitalisierung, Automatisierung und KI die Grundfesten von Wirtschaft und Gesellschaft radikal verändern werden. Auch aufgrund dieser Situation fordert sie die Einführung eines BGE und entkräftet die von den Gegnern vorgebrachten Einwände in Bezug auf Fairness, Finanzierbarkeit und Faulheit.

Sie führt zwei mögliche Modelle der Finanzierung an. Im Zentrum stehen die stärkere Besteuerung von Vermögenwerten bzw. Vermögenszuwächsen (S. 109). Modell 1 beruht auf einer Idee des Drogeriebesitzers Götz Werner, der vorschlug, alle Abgaben auf Arbeit abzuschaffen und dafür die Konsumsteuer und vermögensbezogene Steuern zu erhöhen (S. 115). Modell 2, das so genannte Linzer Modell, würde vermögensbezogene Steuern erhöhen, jedoch die Einkommenssteuer belassen. (S. 117)

Die Entwicklung der turbokapitalistischen Jahrzehnte fasst Prainsack grundsätzlich zusammen: «Der wirtschaftliche Wohlstand wuchs, ohne dass die Einkommen der erwerbstätigen Menschen entsprechend gestiegen sind. Die Erträge der höheren Produktivität wurden stattdessen an die Aktionäre als Dividenden ausbezahlt.» (S. 67)

c) Frohofer/Vontobel

Die Autoren sprechen sich für eine Lockerung des Arbeitszwangs aus, an den die Sozialleistungen geknüpft sind. (S. 117) Sie befürworten ein «leicht bedingtes Grundeinkommen» mit einer neuen Definition der Bedingungen, unter denen dieses Grundeinkommen zugänglich wäre, u.a. mit einer neuen Definition der Zumutbarkeit einer Arbeitsstelle. (S. 117 f)

d) Stellungnahme der Arbeitsgruppe

Die Schere zwischen Einkommen aus Arbeit und Einkommen aus Kapital öffnet sich immer weiter. Die traditionellen Umverteilungsmechanismen (Sozialversicherungssysteme, Sozialhilfe, Besteuerung) belasten die Einkünfte aus Vermögen nur unzureichend und knüpfen die Umverteilung an strenge Bedingungen (e.g. unverschuldete Erwerbsunfähigkeit); damit können sie die ungerechte Verteilung von Reichtum nur teilweise ausgleichen. Vor diesem Hintergrund stellt das BGE eine interessante Lösung dar. Aus unserer Sicht sollte jedoch, bevor über Umverteilung gesprochen wird, auch über die Verteilungsebene – im speziellen die Spielregeln auf dem Arbeits- und Finanzmarkt – gesprochen werden. Es braucht eine gesellschaftliche und politische Diskussion über die gerechte Bewertung von Leistungen (siehe unten Ziffer III).

Die Produktivität steigt seit Jahrzehnten kontinuierlich, sie kommt der Allgemeinheit aber nur begrenzt zugute, sei es in Form von Lohnerhöhungen oder Reduktion der Arbeitszeit. Aus unserer Sicht enthält das BGE das Potenzial, um einen Teil des durch die Digitalisierung und Automatisierung geschaffenen Mehrwerts an die Bevölkerung zurück zu geben (z.B. über eine Robotsteuer). Zudem könnte es als Instrument zur Lockerung des Arbeitszwangs eingesetzt werden, womit ein längst fälliges Versprechen der Moderne (vgl. Keynes) eingelöst würde. Diskussionen über die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens sind anregend, und es liegen von Seiten der Grünen, aber auch der SP, unterschiedliche Ideen bzw. Modelle für ihre Finanzierung vor. Die einen sind komplexer, die anderen weniger. Der Systemwechsel, so zeigt Straubhaar, ist machbar, er setzt jedoch deutliche steuer- und sozialversicherungsmässige Eingriffe voraus. Nach der in den letzten Jahren erfolgten «Sondierungsphase» sind die Grünen gefordert, sich auf ein tragfähiges Modell zur Umsetzung des BGE zu einigen und dessen Umsetzung politisch anzugehen.

6. Stellungnahme der Arbeitsgruppe zum Handlungsfeld Wirtschaft

Die Positionierung der Grünen basiert auf der von mehreren Autor:innen vertretenen Haltung, dass die kapitalistische Produktionsweise, die auf stetes Wachstum setzt und den permanenten Konsum nach sich zieht, die Bewohnbarkeitsbedingungen auf der Erde gefährdet und daher ein Marktversagen darstellt. Diese Bedrohung zwingt und legitimiert die Grünen, das von den klassischen politischen Parteien vertretene Wirtschaftssystem in Frage zu stellen. Kernpunkt der Diagnose ist, wie Göpel es auf den Punkt bringt, «dass die ursprünglich beabsichtigte bessere Versorgung von Menschen mit Gütern und Dienstleistungen, die sie wirklich brauchen, gar nicht mehr das eigentliche Ziel des Wirtschaftens ist. Wir haben Mittel und Zweck verdreht.» (S. 81)

Statt einer radikalen Ablehnung des Kapitalismus plädieren wir für eine «Bändigung» des Kapitalismus nach ökologischen Kriterien und eine Redimensionierung der Marktwirtschaft. Die blinde Marktlogik soll durch einen werteorientierten Diskurs korrigiert werden, der insbesondere Preis und Wert von Dingen und Produkten wieder zusammenbringt. Die Grünen nehmen in diesem Kontext eine linke Position ein, weil sie die Wirtschaft als Dienerin der Gesellschaft sehen und nicht umgekehrt (Latour/Schultz, S. 16) und das Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft zurückerobern wollen. (Habeck, S. 331) In der öffentlichen Diskussion wird, gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten, oft vergessen, dass Politik und Parlament jene Legitimität schaffen, auf welche die Wirtschaft angewiesen ist. Dazu gehört auch, dass die Politik einem schädlichen Wirtschaftsgebaren Grenzen setzt. Dieser Aufgabe haben sich Parlament und Regierung in den letzten Jahren kontinuierlich verweigert. Die liberale Wirtschaftsordnung ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zur Erreichung politisch definierter Ziele. Sie besteht nur insoweit, als die Verfassung den Privaten die Aufgabe überträgt, die für die Gesellschaft nötigen Güter und Dienstleistungen zu produzieren.

Als Kompass für eine ökologische Politik soll das oben dargelegte Menschen- und Weltbild dienen. Im Mittelpunkt steht der Erhalt der Bewohnbarkeit der Erde (Evolutionstauglichkeit) und der Fokus auf Befriedigung der tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen in dieser Um- bzw. Mitwelt.

Die Evolutionstauglichkeit ist identisch mit der Anerkennung gewisser Grenzen und lässt sich u.a. durch naturwissenschaftlich begründete Grenzwerte konkretisieren. Als Umsetzungsinstrument sehen wir die Einpreisung externalisierter Kosten oder die Rationierung von gewissen schädigenden Praktiken. Damit ist auch der gesellschaftliche und politische Diskurs über Verzicht angesprochen. Die Redimensionierung der Marktwirtschaft kann, im Sinne von Frohofer/Vontobel, auch dezentral und schrittweise in einem Bottom-up-Prozess erfolgen, in dem die Bedarfswirtschaft auf privater, nachbarschaftlicher und genossenschaftlicher Ebene entwickelt wird. Die Stärkung der Bedarfswirtschaft setzt die Schaffung von neuen Strukturen und Organisationsformen voraus, welche die Verantwortlichkeiten nicht reaktionär zuteilen (vgl. bürgerliches Gesellschaftsmodell), sondern zukunftsgerichtet und gleichberechtigt alle sozialen Gruppen und Schichten einbinden. Aus dem dargestellten Weltbild heraus plädieren wir aber nicht nur für die Förderung lokaler Strukturen, sondern auch für die Entwicklung einer gleichberechtigten Weltgemeinschaft, um globale Probleme gemeinsam anzugehen.

III. ARBEIT

1. Allgemeines

Die Arbeitswelt befindet sich in einem radikalen Wandel. Wie bereits ausgeführt, prägen die Digitalisierung und Automatisierung Arbeitsinhalte und -abläufe in zahlreichen Berufssparten in bisher nicht bekanntem Ausmass. Der wirtschaftliche Druck, auch aufgrund zu tätiger Investitionen in neue Technologien, führt auf der einen Seite zu deutlichem Stellenabbau – und auf der anderen zu einer wachsenden Anzahl so genannter «Bullshit-Jobs»; es findet in vielen Branchen eine geistige Verarmung der bezahlten Arbeit statt.

Gleichzeitig fordern insbesondere jüngere Generationen eine inhaltlich und zeitlich sinnvollere Aufteilung zwischen Erwerbsarbeit und Freizeit, sie sind nicht mehr bereit, einem während Generationen gültigen Leistungsdictat zu folgen, und fordern Teilzeitstellen, Auszeiten etc. Diese neue Lebenssinn-Definition hat nicht nur Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt (Stichwort Fachkräftemangel), sondern auch auf das Sozialversicherungsgefüge, das sich durch Lohnprozente speist. Die Frage, wie, wieviel und wie lange wir in Zukunft welche Art von Arbeit verrichten wollen, ist gesellschaftlich eminent wichtig und muss in der derzeitigen wirtschaftlichen Transformation auch die Grünen beschäftigen.

2. Arbeit als Hebel für Veränderungen

a) Prainsack

Barbara Prainsack vertritt die These, dass die Arbeit der Schlüssel zur Veränderung anderer Lebensbereiche wie Einkaufen, soziale Aktivitäten oder die Nutzung von Verkehrsmitteln ist. Arbeit ist in ihrem Verständnis keine Ware, sondern eine gesellschaftlich wertvolle menschliche Tätigkeit, deren Preis und Wert nicht durch Marktmechanismen bestimmt werden dürfen. Sie setzt sich für eine Demokratisierung der Arbeit ein. (S. 131)

Ihre These, dass es für einen Wandel primär um die Neudefinition der Arbeit geht und erst auf der Basis eines sinnvollen, gesicherten Einkommens auch andere Veränderungen angegangen und von der Bevölkerung mitgetragen werden, ist für die Kernanliegen der Grünen sehr interessant.

3. Sinnhaftigkeit und Sinn von Arbeit

a) Prainsack

Die Autorin analysiert sinnorientierte Erwerbsarbeit gerade in der derzeitigen «Workers World». Jüngere Generationen, das zeigen Studien, stellen immaterielle Werte in den Vordergrund wie

Wertschätzung, Arbeitszeitverkürzung, Auszeiten, etc. Diese Bedürfnisse entsprechen einem ganzheitlichen Blick auf die Arbeit und ihren Wert.

- «Der empfundene Sinn und Wert einer Arbeit ergibt sich nicht nur aus der Tätigkeit an sich, sondern auch daraus, wie diese Arbeit gesellschaftlich anerkannt und finanziell bewertet wird.» (S. 55)
- Sinnhaftigkeit hängt weniger damit zusammen, «ob eine Arbeit Spass macht, sondern damit, ob sie wertgeschätzt wird und man das Gefühl hat, damit einen positiven Beitrag für die Gesellschaft zu leisten.» (S. 57)

Gemäss Prainsack erleben heute kaum die Hälfte aller Beschäftigten ihren Job als sinnerfüllend und insgesamt befriedigend. Diese Menschen können und sollen über die Parteigrenzen der Grünen hinweg mobilisiert werden für ökologische Anliegen (vgl. Kap. IV/5). Im Zusammenhang mit der mangelnden Befriedigung verweist die Autorin auch auf die Wichtigkeit der fairen Bewertung von Arbeit mit landläufig angewendeten Kriterien wie Verantwortung, Dauer der Ausbildung, Branchen, etc. (S. 72 ff) Ihr Fazit: «Eine Gesellschaft, die die Arbeit aller Menschen würdigt und fair entlohnt [...], sieht anders aus. Eine solche Gesellschaft würde zuallererst die Tätigkeit aller Menschen, die etwas zum Wohl anderer Menschen oder zum Schutz der natürlichen Umwelt beitragen, als Arbeit sehen.» (S. 80)

b) Göpel

Göpel führt bezüglich Sinnhaftigkeit der Arbeit den buddhistischen Arbeitsbegriff an: «In den ökonomischen Modellen der westlichen Welt und ihres modernen Fortschrittsgedankens bedeutet Arbeit für Arbeitgeber:innen Kosten, die sie gern minimieren würden; für die Arbeitnehmer:innen bedeutet sie eine Einbusse an Freiheit und Freizeit, für die sie durch einen Lohn entschädigt werden müssen.» (S. 69)

Im Buddhismus, so führt die Autorin im Sinne des deutschen Ökonomen Ernst Friedrich Schumpeter und dessen Werk «Small is Beautiful» aus den 1950er Jahren aus, «gilt Arbeit als etwas, das die Menschen darin unterstützt, ihre Fähigkeiten zu entwickeln. Sie verbindet sie miteinander und verhindert, dass sie sich in Selbstbezogenheit verlieren. Sie stellt zudem Waren und Dienstleistungen her, die für ein menschenwürdiges Dasein nötig und wünschenswert sind.» (S. 70 f)

Die adäquate Form eines solchen Systems wäre eine so genannte «Tätigkeitsgesellschaft zur Sicherung von allgemeinem Wohlergehen. Nicht Automatisierung, sondern menschliches Tun, das durch Technik dort ergänzt wird, wo Menschen Entlastung wünschen.» (S. 70). Dieses Ideal, ist man versucht zu sagen, ist im Jahr 2024 definitiv überholt.

c) Straubhaar

Für den Ökonomen Straubhaar hat Arbeit eine sinnstiftende Funktion. Die Einführung eines BGE sieht er nicht nur als beste Antwort auf den multidimensionalen, disruptiven Wandel: Verlust von Arbeitsstellen aufgrund der Digitalisierung und Automatisierung, Zunahme von systemischen Risiken, Big Data, etc. (S. 140 – 145). Im BGE sieht er auch die Chance, dass Menschen Geld und Zeit erhalten, um ihr Leben nach eigenen Vorstellungen, Wünschen und Normen zu führen. Die Arbeit erhält damit einen neuen Stellenwert, sie dient der Selbstentfaltung des Individuums und soll nicht mehr durch Geldzwang motiviert werden. (S. 143 f. und 233)

d) Frohofer/Vontobel

Frohofer/Vontobel kritisieren in Anlehnung an David Graeber die wachsende Anzahl von «Bullshit-Jobs»; darunter verstehen sie Management- und Marketingposten, die sich mit der Administration der Produktion und nicht mit der Produktion von Dienstleistungen und Gütern befassen. (S. 20 und 87)

Sie schälen heraus, dass Arbeit einem Bedürfnis nach sozialen Kontakten, intellektueller und psychischer Befriedigung und Selbstverwirklichung entspricht. (S. 17) «Die bezahlte Arbeit wird inzwischen von der Politik als einzige Möglichkeit zur sozialen Integration und zur Vermeidung von sozialen Unruhen gesehen.» (S. 22)

Die Autoren rekurrieren auf Keynes' Erwartung, dass seine Enkel nur noch fünfzehn Stunden pro Woche arbeiten würden. (S. 7) Als Gründe, warum dies nicht eintraf, führen sie an: Die Zunahme von «Nullsummen-Wettbewerben», d.h. Arbeiten, die nicht zur Verbesserung des Wohlstands beitragen, sondern nur der Erlangung von Wettbewerbsvorteilen dienen (S. 88). Die Erhöhung der Komplexität des Systems verlangt zusätzliche Arbeitsstunden. (S. 89) Zudem wird der Arbeitsrückgang durch Überproduktion kompensiert. (S. 110)

4. Sichtbarmachung aller Formen von Arbeit

a) Prainsack

Anschließend an die Ausführungen zur Sinnhaftigkeit der Arbeit zeichnet Prainsack nach, wie sich der Arbeitsbegriff seit der Industrialisierung auf «Erwerbsarbeit» verengt hat – und damit die Wertschöpfung unter anderem aus unbezahlter Sorge- und Reproduktionsarbeit ausschließt. Dies ist nicht nur wirtschaftlich unsinnig, weil die unbezahlte Arbeit weltweit 10 bis 40% der Wirtschaftsleistung ausmacht, sondern auch bezüglich der Altersvorsorge. (S. 41)

In Anlehnung an die Philosophin Hannah Arendt und die Soziologin Frigga Haug fordert die Autorin einen umfassenden Arbeitsbegriff. Dieser inkludiert alle Formen von Arbeit, die einen Beitrag zum familiären, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Zusammenleben leisten. (S. 40) Die unbezahlte Sorge- und Reproduktionsarbeit, aber auch kreative und handwerkliche Tätigkeiten scheinen nicht in den Statistiken und im BIP auf. Sie wird weltweit zweieinhalb Mal so viel von Frauen wie von Männern geleistet. Prainsack plädiert dafür, diese Arbeit zu entlohnen – und sie damit sichtbar und gesellschaftlich wertvoll zu machen.

- «Dies bedeutet nicht, dass alle Formen dieser Arbeit – das Kochen für Familienmitglieder oder die Teilnahme an einem Chorwochenende – in bezahlte Arbeit umgewandelt werden müssen. Aber es bedeutet, dass der Pensionist, der seine Enkelkinder betreut, oder die alleinerziehende Mutter, die nach heutiger Ansicht 'nicht arbeitet', weil sie keiner Erwerbsarbeit nachgeht, als arbeitende Menschen gesehen werden.» (S. 80)

b) Straubhaar

Auch Straubhaar bemängelt, dass die Sorge- und Reproduktionsarbeit nicht entlohnt wird und daher in den Bilanzen nicht aufscheint: «Traurig genug, dass in der amtlichen Statistik des deutschen Bruttoinlandsprodukts (BIP) die eigenen Leistungen in Haushalt und für Angehörige nicht erfasst werden. Was keinen Marktpreis erzielt, hat ökonomisch keinen Wert.» (S. 128)

5. Stellungnahme der Arbeitsgruppe

Die Rolle, welche die Arbeit im Leben der Menschen und für das Leben einnimmt, ist für zahlreiche Autor:innen zentral. In diesem Themenfeld bündeln sich wirtschaftliche und gesellschaftliche Organisationsformen, Mechanismen und Wertvorstellungen.

Einig sind sich die Autor:innen darin, dass die derzeitige Arbeitssituation für viele Menschen unbefriedigend ist: Arbeit und der bei ihrer Verrichtung erlebte Stress machen krank, viele Menschen erledigen so genannte Bullshit-Jobs und vermissen die Sinnhaftigkeit ihres bezahlten Tuns, mit dem sie einen Grossteil ihrer Lebenszeit verbringen. Andere bilden ein neues Proletariat, das zu wenig verdient, um ein würdevolles Leben führen zu können.

Die junge Generation, so belegt Prainsack, verfolgt stärker als ältere Generationen das Ziel, Arbeits- und Lebenszeit in einen sinnvollen Ausgleich zu bringen; sie verlangen nach Arbeitszeitreduktion, Auszeiten etc. Gleichzeitig, das zeigt Straubhaar, führt die wirtschaftliche Entwicklung (Digitalisierung, Automatisierung, etc.) dazu, dass Menschen im Arbeitsprozess überflüssig werden – mit Konsequenzen für ein ungenügend vorbereitetes Sozialversicherungs- und Steuersystem.

Für alle Autor:innen steht eine gesellschaftliche Neubewertung der Arbeit an. In den Fokus gerückt wird neben der Erwerbsarbeit die unbezahlte Sorge- und Reproduktionsarbeit (Haushalt, Familie, Pflege von Angehörigen, etc.), die weltweit zum Grossteil von Frauen verrichtet wird und nicht im BIP erfasst wird. Ausgehend vom Status quo fordern die Autor:innen, diese Care-Arbeit zu entlohnen und damit sichtbar zu machen als Teil eines umfassenden Arbeitsbegriffs. Straubhaar schlägt als Lösung ein BGE vor, welches eine neue Aufteilung zwischen Erwerbs- und Nicht-Erwerbsarbeit (soziale Arbeit, Freizeit, Familie) erlauben soll. Frohofer/Vontobel sprechen sich grundsätzlich für neue Formen der Aufteilung von Leben, Wohnen und Arbeiten aus.

Mehrere Autor:innen plädieren zudem dafür, dass das Einkommen aus Arbeit steuerrechtlich aufgewertet wird und umgekehrt das Einkommen aus Kapital stärker besteuert wird.

Unter dem Stichwort Sinnhaftigkeit der Arbeit, wie sie Prainsack thematisiert, ist die gesellschaftliche Diskussion über gerechte Entlohnungen weiter zu führen, die im Kontext des Corona-Virus um das Pflegepersonal entstanden ist – und inzwischen versandete scheint. Es sollte über Modelle zur gerechten Bewertung von Leistungen und die Festlegung von Löhnen nachgedacht werden, die soziale und ökologische Kriterien mit einbeziehen (z.B. in Form demokratisch abgestützter Lohnstarife).

Das Themenfeld Arbeit ist traditionell bei der Sozialdemokratischen Partei angesiedelt. Im gegenwärtigen disruptiven Wandel, der neben Arbeit, Wirtschaft und Gesellschaft in starkem Mass auch die Klima- und Umweltkrise betrifft, muss das Themenfeld auch für die Grünen eine grössere Bedeutung erhalten. Insbesondere unter der Prämisse, dass Arbeit der Schlüssel zur Veränderung anderer Lebensbereiche wie Einkaufen, soziale Aktivitäten oder die Nutzung von Verkehrsmitteln ist. In der Arbeit liegt der Hebel für das Voranbringen ur-grüner Themen. Zur Umsetzung der ökologischen Wende werden viele neue sinnstiftende Tätigkeiten entstehen, die auch eine Antwort auf die prognostizierte Krise des Arbeitsmarktes darstellen können.

IV. ENTWURF EINES NEUEN NARRATIVS

1. Ist-Zustand und Mängel der aktuellen Kommunikation

Alle von der Arbeitsgruppe gelesenen und diskutierten Autor:innen analysieren den mehrfachen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und klimatischen Krisenzustand. Sie diagnostizieren, dass das adäquate Handeln von Individuen, aber auch politisch nicht aufgrund fehlender Fakten ausbleibt, sondern andere Gründe hat: Es ist kein Wissensproblem, sondern eine Frage des Könnens und des Wollens.

Neben der grundsätzlichen Angst des Menschen vor Veränderung, die zu einem letztlich destruktiven Verharren in bekannten Modellen und Mustern führt («Omega-Phase», vgl. Blom) und einer zunehmenden Lähmung der Gesellschaft als Folge der Überforderung adressieren einige Autor:innen auch ein Kommunikationsproblem. Blom bringt es auf den Punkt: «Die Apokalypse taugt nicht für den Wandel.» Frohofer/Vontobel sehen den Schweizer Gesellschaftsvertrag als hinderlich, der bedeutet:

Viel arbeiten, um seine Bedürfnisse konsumierend zu befriedigen. Aus pragmatischer Perspektive werden die Vorteile des aktuellen Systems (hohe Messlatte) benannt, die bremsend wirken.

In der aktuellen wirtschaftlichen Situation mit steigenden Lebenshaltungs- und Mietkosten gilt es auch die reale Angst vieler Menschen vor Einkommens- und Lebensstandardverlust zu berücksichtigen, die zusätzlich zu den unteren Einkommensschichten auch breite Teile der Mittelschicht erfasst hat. Es verschieben sich, wie zu Beginn des Papiers ausgeführt, in der multiplen Krisenbewältigung die Priorisierungen.

a) Blom

Mit Rückblick auf frühere Epochenumbrüche argumentiert der Historiker, dass für eine Veränderung ein neues Narrativ, eine gemeinsame Geschichte nötig ist. Diese Geschichte muss auf Gemeinsamkeiten bauen. In westlichen, pluralistischen Gesellschaften wird es zunehmend schwer, ausreichend gemeinsame Erfahrungen und ausreichend starke kulturelle Resonanzräume zu schaffen, in denen gemeinsame Geschichten widerhallen können.

Historisch gesehen liegt ein Potenzial in geteilten Traumata, die auf brutale Weise einen gemeinsamen Erfahrungshorizont schaffen. (S. 113) Der Klimanotstand, malt Blom als negatives Szenario aus, könnte als geteiltes Trauma in einer neuen gemeinsamen Geschichte münden – allerdings mit der Gefahr, dass ein Klima der Angst und des Ausnahmezustands in bisher demokratischen Staaten zu einem autoritären Umschwung führt. (S. 115) Diesem Szenario wäre ein positives Narrativ, eine lohnenswerte Geschichte über die Menschheit, entgegen zu halten.

b) Latour/Schultz

Die Soziologen Latour/Schultz arbeiten heraus, dass die moderne Politik um die Auseinandersetzung zwischen Liberalismus und Marxismus strukturiert war; es ging um Klassen und Klassenkampf. Für beide Pole, die politische Linke wie die Rechte, stand die Frage der Freiheit und Emanzipation sowie der Produktion und Umverteilung im Vordergrund. Heute ist der durch die wirtschaftliche und technische Produktion definierte Fortschritt zu einer Gefahr geworden, es steht die Bewohnbarkeit der Erde auf dem Spiel. Vor diesem Hintergrund plädieren die Autoren für die Bildung einer neuen Ökologischen Klasse. (S. 31)

In den letzten zwei Jahrhunderten ging es darum «die Produktion zu erhöhen und die dabei gewonnenen Reichtümer etwas weniger ungerecht zu verteilen.» (S. 25) Den beiden Ideologien Liberalismus und Marxismus lag «eine vollständige Übereinstimmung hinsichtlich einer Erhöhung der Produktion zugrunde.» (S. 25). Folgerung der Autoren: «Die Verbindung von Produktion und Zerstörung der Bewohnbarkeitsbedingungen des Planeten zieht eine Krise der Fähigkeiten zur Mobilisierung nach sich» (S. 25), die durch eine neue, ökologische Klasse aufgehoben werden kann. Die Aufgabe der ökologischen Klasse ist es, die Quelle der derzeitigen Lähmung zu diagnostizieren und die Ängste, das kollektive Handeln, die Ideale und den Sinn der Geschichte in Einklang zu bringen. (S. 24 f)

2. Ansätze einer Vision

Den Autor:innen gemeinsam ist eine kritische Bewertung der modernen westlichen Gesellschaft, die für das Individuum und die Gesellschaft, aber auch für Klima und Umwelt verheerende Auswirkungen zeigt. Vor dem Hintergrund ihrer fachlichen Analysen, ökonomisch, philosophisch, historisch, soziologisch oder politologisch, kommen sie zum selben Befund: Es geht um einen Perspektivenwechsel, weg von der Fokussierung auf Materialismus, Konsumorientierung, Egoismus und Selbstoptimierung. Gefragt sind stattdessen Zeitwohlstand, Gemeinsamkeit, Sinn fürs Kollektiv und das Entstehen bzw. die Erneuerung der Demokratie. Dieser Vision zugrunde liegt ein Wertewandel.

a) Blom

Blom analysiert, welche Rolle der Konsum in Gesellschaften spielt, die von Märkten getrieben werden, und vergleicht sie mit Totems archaischer Gesellschaften:

- Der Konsum erfüllt für den Autor eine ähnliche Funktion wie die Totems der archaischen Völker: «Der mimetische Konsum vermittelt zwar ein Gefühl, dazuzugehören, aber er ist darauf ausgerichtet, Heisshunger auf Nahziele zu schüren, die den Platz der ehemaligen und unerreichbaren Transzendenz einnehmen.» (S. 91)
- «Menschenrechte, Freiheit, Gleichheit, Solidarität sind ideelle Totems, notwendige Fiktionen, die Gesellschaften zivilisierter machen. Ohne solche geteilten Fiktionen kann es wohl keine wirkliche Gesellschaft geben.» (S. 90)
- «Um ein Denken jenseits des Status quo möglich zu machen, sollten Totems identifiziert werden, die nicht selbst Teil des Systems sind, das gerade sein Ende findet.» (S. 92)

b) Göpel

Göpel plädiert für eine neue Definition des Glücks: Aufgrund unterschiedlicher Studien spricht vieles dafür, dass Glück eher durch Mitgefühl, Grosszügigkeit und Umweltbewusstsein erfahren wird statt durch Status, Macht und Geld.

c) Von Westphalen

Die Geschichte über die wahre Natur des Menschen soll im Zentrum eines neuen kollektiven Narrativs stehen. «Altruistisches Verhalten erzeugt Altruismus. Kooperatives Verhalten erzeugt Kooperation. Vertrauen erzeugt Vertrauen.» (S. 205)

d) Paech

Paech führt die Kriterien an, die gemeinhin zur «Wohlfahrtsmessung» herangezogen werden – und stellt diesen, in Anlehnung an Robert und Edward Skidelsky, die so genannten «universellen Basisgüter» entgegen: Gesundheit, Sicherheit, Respekt, Persönlichkeit, Harmonie mit der Natur sowie Freundschaft. (S. 62) Für das Empfinden von Glück und Sinn ergänzt er zudem den von Amaryta Sen vorgeschlagenen «Capability Approach»: Das Wohlbefinden hängt von Verwirklichungschancen ab, «nämlich der Freiheit, unterschiedliche Lebensstile zu realisieren.» (S. 63)

e) Helfrich/Bollier

Helfrich/Bollier sehen im Modell des gemeinsamen Produzierens eine sinnhafte Entwicklung: «Commoning bietet viele Wege, der Entfremdung und Vereinzelung des modernen Menschen etwas entgegenzusetzen – und berührt dadurch den Kern gesellschaftlicher Debatten um Zusammenhalt, Eigentum und Recht; Commoning stiftet Sinn.» (S. 260)

3. Verzicht versus Freiheit

Für die Entwicklung einer Vision entscheidend ist die Frage, welche Werte für ein Individuum und für Gesellschaften leitend sind; sie bestimmen, wonach wir streben und worin wir Glück und Sinn erfahren. Moderne westliche Gesellschaften basieren auf einem materiellen Weltbild, das vom Wachstumsgedanken und von Prosperität getrieben wird. Mehrere Autor:innen bringen daher den Begriff und den Wert von Verzicht ins Spiel.

a) Göpel

Göpel spricht sich explizit für Verzicht aus, real und argumentativ: «Wenn die Gegner:innen des Verzichts also fragen, was bekommen wir dafür, wenn wir verzichten, was lindert den Schmerz, den wir durch diesen Verlust erleiden, dann lautet die Antwort: Wir investieren in Frieden und die Versorgungssicherheit von übermorgen.» (S. 128)

Als Argument bringt die Autorin die Frage ein, auf wessen Kosten und mit welchen Folgen moderne westliche Gesellschaften ihren Wohlstand erreicht haben: «Ich kann ja nur auf etwas verzichten, das mir nach Lage der Dinge zusteht. Der Wohlstand, in dem die westliche Welt lebt und an dem sich viele Entwicklungsländer orientieren, hätte nach den Regeln der Nachhaltigkeit aber gar nicht erst entstehen dürfen.» (S. 127)

b) Latour/Schultz

Das Streben nach Freiheit und Emanzipation beruht gemäss Latour/Schultz auf einer Illusion. Sie fordern, dass der Mensch von seinen Abhängigkeiten ausgehen und fähig sein muss, diese zu beschreiben. Erst aufgrund dieser (Selbst-)Analyse kann Raum für ein neues politisches Handeln und Handlungsfreiheit entstehen. Für die Autoren sind Fortschritt und Emanzipation in dem Sinn neu zu beleben, dass sie die Welt, in der wir leben, und die Welt, von der wir leben, innerhalb eines gemeinsamen Ganzen aus rechtlichen, affektiven, moralischen, institutionellen und materiellen Phänomenen zur Deckung bringen. (S. 35)

Die Autoren fordern, dass die mit der Freiheit verbundenen Affekte neu definiert werden müssen. Emanzipation bedeutet, sich daran zu gewöhnen, dass man schliesslich von dem abhängt, das uns leben lässt. (S. 39). Es geht um «die Befreiung vom engen Register der Freiheitsideen, die sowohl von den Liberalen als auch von den Sozialisten im alleinigen Rahmen der Produktion im Dienst der Menschen erforscht wurden.» (S. 40). Die Kernfrage, die sich dabei stellt ist: «Plötzlich finden sich die Menschen eingehüllt, umgedreht und eingehegt [...]. Wie kann eine solche Subversion in den Werten positiv gewendet werden?» (S. 42)

c) Helfrich/Bollier

Helfrich/Bollier verweisen ebenfalls auf die Abhängigkeitsverhältnisse, die der Markt erzeugt. Im Commons-Modell sehen sie einen Ansatz, wie Menschen auf die eigenen Bedürfnisse antworten können, ohne sich der Marktlogik zu unterwerfen. (S. 149) Zu den zentralen Werten des Commonings gehört das beziehungshafte Haben, durch welches nicht die Subjekt-Objekt-Beziehung, sondern die zwischenmenschlichen und die Mensch-Natur-Beziehungen mehr Raum erhalten. (S. 226 ff.)

d) Paech

Paechs Postwachstumsökonomie-Ansatz basiert auf der Suffizienz, um eine hohe Lebensqualität zu erreichen (S. 90). Genügsamkeit statt «verzweifelter Suche nach weiteren Steigerungen von Güterbesitz, Erlebnissen und technologischer Bequemlichkeit.» (S. 91)

Das Konzept skizziert eine Befreiung von den Zwängen des Konsums. Der Konsument muss sich als «Prosument» drei Ressourcen zunutze machen: handwerkliche Kompetenzen und Improvisationsgeschick, marktfreie Zeit und nahräumliche Kooperationsbeziehungen. (S. 94)

Pointiert bezeichnet Paech Verzicht als «Rückgabe der Beute» (siehe auch:

<https://www.srf.ch/audio/tagesgesprach/debate-ueber-wachstum-katja-gentinetta-vs-niko-paech?id=12213122>).

e) Von Westphalen

Gemäss von Westphalen verleitet uns die Konsumkultur zur Erwartung, dass unsere unstillbaren Bedürfnisse durch Waren und Konsum befriedigt werden können. Er zitiert prägnant einen amerikanischen Marketingexperten: «Unsere ausserordentlich produktive Wirtschaft erfordert, [...], dass wir spirituelle und Ich-Bedürfnisse im Konsum ausleben.» (S. 127)

Durch Werbung wird gemäss von Westphalen eine Dauermanipulation betrieben, die den Menschen von der Wiege bis ins Grab zum Konsumenten macht. (S. 131) Dem entgegenzuwirken eröffnet der Freiheit neue Räume. Für den Autor entspricht die Konsumentenfreiheit nicht derjenigen eines mündigen Menschen, sondern – in den Worten von Erich Fromm – der eines ewigen Säuglings, der nach der Flasche schreit. (S. 127)

4. Instrumente der Veränderung

Sprache ist das Instrument, um andere oder neue, auch visionäre oder fantastische Welten zu beschreiben. Gleichzeitig schränkt sie die Wahrnehmung dessen ein, was (nicht) beschrieben werden kann. Um es mit dem Philosophen Ludwig Wittgenstein zu sagen: «Die Grenzen meiner Sprache bedeuten die Grenzen meiner Welt.»

Im Zusammenhang mit der Entwicklung eines neuen Narrativs und der Vision einer anderen Welt, die weniger materialistisch/konsumorientiert und dafür stärker gemeinschaftlich/umweltorientiert ausgerichtet ist, setzen sich mehrere Autor:innen mit der Rolle der Sprache sowie jener von Kunst und Kultur in einer Zeit des Wandels auseinander. Insbesondere Latour/Schultz suchen zudem nach neuen, zusätzlichen Vernetzungsmöglichkeiten unter den «Willigen».

a) Neues Vokabular

- Göpel formuliert in ihren Thesen: «Es gilt neu zu verhandeln, was den Wohlstand der Menschen übermorgen ausmacht. Dafür brauchen wir neue Begriffe und Konzepte, die ausdrücken, was wir künftig wichtig finden. Planetenzerstörung darf nicht mehr Wachstum heissen. Reine Geldvermehrung nicht länger Wertschöpfung. Grenzen des Wachstums sollten Überwindung der ökologischen und sozialen Schadschöpfung heissen.» (S. 96)
- Latour/Schultz propagieren mit Verweis auf den Soziologen Norbert Elias eine neue Aufladung von Begriffen wie Nation, Identität, Volk, Freiheit, Fortschritt etc., die von der politischen Rechten besetzt werden. (S. 35 und S. 38 f).
- Die Reflexion über das Verhältnis von Markt- und Bedarfswirtschaft sowie von Erwerbsarbeit und nicht bezahlter Arbeit geht mit einer erweiterten Definition der herkömmlichen Begriffe von Wirtschaft und Arbeit einher.
- Um die Commons als alternative Organisationsstrukturen zu fördern, weisen Helfrich/Bollier auf die Bedeutung der Sprache hin: «Wir würden scheitern, wenn wir unser Anliegen in der Sprache der Marktökonomie, der Bürokratie und des politischen Liberalismus formulierten.» (S. 55)

b) Kunst/Kultur

Blom geht in seinem Essay ausführlich auf die Rolle von Friedrich Schillers Dramen für die Entstehung und Verbreitung des aufklärerischen Gedankengutes ein. Als Kind seiner Zeit schuf er Dramen, die den revolutionären Umbruch seiner Epoche aufnahmen und abbildeten.

Latour/Schultz sehen bei der Bildung einer ökologischen Klasse für Kunst und Kultur eine bestimmte Rolle vor: Auf die Ökologie kommt die Aufgabe zu, die politische Kultur von einer «zu engen Palette an Gefühlen, Künsten, Werken, Themen, Bildern, Erzählungen zu befreien.» (S. 43) Die ökologische Klasse muss in ihrem Verständnis eine ideologische Arbeit leisten und Instrumente zur Besetzung der kulturellen Bühne zu entwickeln (S. 60 ff.). Ziel ist es, die Aufmerksamkeit von Milliarden von Menschen auf die Bewohnbarkeitsbedingungen des Planeten zu lenken. (S. 65)

Statt einen politischen Machtanspruch zu erheben, soll die ökologische Klasse eine langwierige Arbeit von unten nach oben in Angriff nehmen: Abhängigkeiten erkennen und beschreiben, dann Interessen und neue politische Trennlinien definieren. (Siehe auch: <https://www.arte.tv/fr/videos/106738-005-A/entretiens-avec-bruno-latour-5-12/>)

Gemäss Latour fordert der Übergang von der Modernisierung zur Ökologisierung, d.h. die Anerkennung der neuen Kosmologie und die Lösung der Gleichung von Freiheit und Überfluss innerhalb der Grenzen der Bewohnbarkeit der Erde, alle Fächer und Bereiche heraus. Er setzt kollektive Anstrengungen in interdisziplinären Arbeitsgruppen und die Beteiligung neben den Wissenschaften auch der Akteur:innen aus Kunst und Kultur voraus. (Siehe auch: <https://www.arte.tv/fr/videos/106738-006-A/entretiens-avec-bruno-latour-6-12/>).

c) *Erkennung der Allianzen/Mitstreiter*

Latour/Schultz subsumieren unter dem Begriff der ökologischen Klasse alle Personen, welche die Frage der Bewohnbarkeit der Erde in den Vordergrund stellen. Die Zugehörigkeit zu dieser Klasse macht in ihrem Verständnis die alten politischen Trennlinien zwischen links und rechts obsolet. In einer breiten Allianz der Bewegungen, zu denen politische, religiöse, gendermässige etc. Gruppierungen gehören, sehen sie eine Möglichkeit zu einer «Mehrheits-Klasse».

5. *Stellungnahme der Arbeitsgruppe zum Handlungsfeld Neues Narrativ*

Für die Arbeitsgruppe ist das Fazit nachvollziehbar, dass der bisher verfolgte narrative und kommunikative Ansatz, um Veränderungen und einen Wandel zu bewirken, nicht greift. Weder apokalyptische Szenarien noch rationale Argumente oder die hohe Kadenz an Katastrophenmeldungen haben zum Ziel geführt. Es braucht ein neues Narrativ, mehr noch: die Vision einer lohnenswerten anderen Gesellschaft.

Dabei ist es unumgänglich, gewisse Konsumgewohnheiten der Wohlstandsgesellschaft in Frage zu stellen. Das verlockende Modell des grünen Wachstums scheint der Schwere der ökologischen Problematik nicht gerecht zu werden. Die Arbeitsgruppe teilt die Analyse der Autor:innen, dass für die «lohnenswerte andere Gesellschaft» ein wertemässiger Perspektivenwechsel ansteht. Es geht um eine Entwicklung weg vom materialistischen, konsumorientierten, egoistischen Individuum hin zu gemeinschaftlichen, solidarischen Formen, in denen Sinn und Glück erfahren wird. Wenn die Lebensbedingungen auf der Erde erhalten werden sollen, müssen im politischen Kontext auch bisher selbstverständliche individuelle Freiheiten und Verzicht diskutiert werden – immer unter der Prämisse: Was gewinnen wir, wenn bis bisher Annehmliches und Vertrautes aufgeben? Ein instrumentelles Freiheitsverständnis, etwa Konsumentenfreiheit, die Freiheit der individuellen Beliebigkeit und Willkür, muss einer gehaltvollen, zielgerichteten Freiheit weichen.

Zum neuen Narrativ gehört aus Sicht der Arbeitsgruppe auch, dass die Gesellschaft – da, wo es möglich ist –, wirtschaftliche Produktions- und Organisationsformen fördert, welche die Abhängigkeit von der Markt- und Konsumlogik verkleinern. Suffizienzwirtschaft, Formen des Commonings, etc. sind gute Ansätze, um in einzelnen wirtschaftlichen Bereichen ein sinnvolles Gegengewicht zu schaffen. Die Idee einer ökologischen Klasse kann helfen, sich über die Parteigrenzen hinweg nach neuen Mitstreiter:innen umzusehen, die das Ziel der Bewohnbarkeit der Erde teilen. In diesem Kontext ist für die Grünen weiterhin die Positionierung bzw. die Zusammenarbeit mit den Bauernverbänden zu

prüfen. Lohnenswert ist zudem das ideelle Vorgehen, Begriffe wie Volk, Heimat, Wachstum oder Freiheit, die von der politischen Rechten vereinnahmt werden, mit einer anderen, eigenen Bedeutung aufzuladen und sie damit im grünen Sinn positiv zu besetzen. Neue Brücken könnten zu Kreisen geschlagen werden, die traditionell die Natur als Schöpfung oder als Teil der Heimat verstehen und in ihrem Weltbild kollektive, nicht-kommerzielle Werte in den Vordergrund stellen.

Die Frage, wie Kunst und Kultur in die Ausarbeitung eines neuen Narrativ eingebunden werden sollen, wird von der Arbeitsgruppe kontrovers diskutiert. Kunst und Kultur sind ihrem Wesen nach unabhängig. Es gibt in der Geschichte und aktuell in autoritären Staaten zahlreiche Beispiele, wie künstlerisches Schaffen beschnitten, aus ideologischen Gründen unterdrückt oder für politische Ideologien instrumentalisiert wurde bzw. wird. Das Beispiel Schiller zeigt, dass Künstler:innen als wache Kinder ihrer Zeit aus eigenem Antrieb einen gesellschaftlichen Wandel begleiten können, ohne dass sie in einem politischen Auftragsverhältnis stehen.

Im Sinn einer Konklusion hält die Arbeitsgruppe fest, dass der Wandel hin zu einer «lohnenswerten anderen Gesellschaft» nur in einer sinnvollen Verschränkung von sozialen und ökologischen Anliegen gelingen kann. Die Grünen haben hier eine besondere Verantwortung. Ihr auf natur- und geisteswissenschaftlichen Erkenntnissen basierendes Welt- und Menschenbild gibt ihnen die Legitimation, politisch einen umfassenden Wertekompass anzubieten. Sie sind aufgefordert, ein inspirierendes Narrativ für die Erneuerung des politischen Diskurses zu entwickeln.

Zürich, 18.11.2024

Autor:innen: Adrien Clinard & Nicole Hess

Für die Arbeitsgruppe: Martin Fässler, Ueli Nagel, Mirjam Pulver